

Interview zum Neubau der JVA Passau

Passaus neue Kombi-Justizvollzugsanstalt

Ltd. Regierungsdirektor Hans Jürgen Amannsberger ist Leiter der Justizvollzugsanstalten Straubing und Passau. Letztere wird komplett neu gebaut. Die niederbayerische JVA soll künftig Strafvollzug und Abschiebungshaft kombinieren. Ein Mammutprojekt für alle Beteiligten.

Bis unsere Passauer Kolleginnen und Kollegen von den modernen Arbeitsplätzen eines Neubaus in der Königschaldinger Straße profitieren, vergehen nach vorsichtiger Schätzung noch mindestens viereinhalb Jahre. Mit dem Großprojekt steigt auch die Aussicht auf heimatnahe Versetzungen nach Niederbayern. Der Personalstand wird sich mehr als verzehnfachen.

Bis es soweit ist, gibt es noch viel zu tun. Im Interview mit der JVB-Presse informiert der Leiter der JVA Passau, Hans Jürgen Amannsberger, über den aktuellen Sachstand.



Hans Jürgen Amannsberger
Leiter der Justizvollzugsanstalten Straubing und Passau

Das Interview führte
Thomas Benedikt im August 2022.

JVB-Presse: Im Jahr 2015 hat der damalige Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder das Konzept der Heimatstrategie vorgestellt und damit den Neubau der JVA Marktredwitz. Ein Neubau in Passau war bis dahin zwar immer wieder Thema, doch wie konnte sich Passau auf der Prioritätenliste so fundamental nach oben schieben?

Amannsberger: Richtig. Damals waren Marktredwitz, Bamberg und Aschaffenburg vor Passau gelistet. Als geborenen Passauer freut es mich besonders, dass das alte Gefängnis in der Theresienstraße 18, an dem ich als Gymnasiast täglich auf meinem Schulweg vorbeikam, endlich der Vergangenheit angehören wird und urplötzlich an Nummer 1 der Neubauliste stand. Warum altes Gefängnis?

Ab dem Jahr 1856 wurde das im Jahre 1692 als fürstbischöflicher Reitstall erbaute Gebäude als Fronfeste des königlich bayerischen Bezirksgerichts und später als Gefängnis und Justizvollzugsanstalt genutzt. Wegen der steigenden Zahl von Gefangenen und der beengten räumlichen Gegebenheiten können die Anforderungen an einen zeitgemäßen Justizvollzug, der dem Schutz der Allgemeinheit und der Behandlung der Gefangenen verpflichtet ist, bei Weitem nicht mehr ausreichend erfüllt werden. Adäquate Arbeitsplätze für unsere Kolleginnen und Kollegen gibt es in so einem alten Gemäuer natürlich nicht. Durfte ich als junger Anstaltsleiter ab 1999 in Landshut bereits eine neue Justizvollzugsanstalt planen, bauen, unter Einhaltung des finanziellen Rahmens fertigstellen und auf den Weg bringen, so wiederholt sich in meinem

Vollzugsleben seit dem 30. Juli 2016 zumindest das Planen und der Beginn der gigantischen Erdarbeiten ab April 2022. Warum 30. Juli 2016? Unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise 2015/2016, während der vor allem der südostbayerische Raum im Fokus des Geschehens mit Schleuserkriminalität und unerlaubten Einreisen mit entsprechenden Urkundsdelikten bei Passfälschungen stand und hier alle Haftplätze dadurch voll belegt waren, so dass es sogar vorkam, dass Festgenommene mit dem Hubschrauber von der Bundespolizei in nordbayerische Anstalten geflogen werden mussten, da nurmehr dort Aufnahmekapazitäten vorhanden waren, beschloss die Bayerische Staatsregierung in der Kabinettsklausur in St. Quirin am Tegernsee vom 26. bis zum 30. Juli 2016 das Passauer Vorhaben vorzuziehen. „Ferner drängt sich für den Neubau



Bild 1 (Bild: Matthias Kinateder - Staatliches Bauamt Passau)

einer weiteren Justizvollzugsanstalt örtlich angesichts der räumlichen Nähe zu den Einreiseschwerpunkten an der Staatsgrenze der Standort Passau nahezu auf.“ war die Begründung. Hinzu kam, dass in Passau seit dem Jahr 2002 bereits ein für den Neubau ausgewähltes Grundstück in Staatseigentum stand und mit dem bestandskräftigen Bebauungsplan mit dem Sondernutzungsrecht „Justizvollzugsanstalt“ die Stadt Passau bereits im Jahr 2010 gesichertes Baurecht geschaffen hatte. Voraussetzungen, die in den drei vorrangig platzierten Anstalten gänzlich fehlten und teilweise noch fehlen.

Am 24. Januar 2017 beschloss der Bayerische Ministerrat das Bayerische Sofortprogramm „Innere Sicherheit“, um den künftigen Bedarf an Kapazitäten in der Straf- und Abschiebungshaft zu decken und wie der damalige Bayerische Staatsminister der Justiz, Herr Prof. Dr. Winfried Bausback betonte „Damit sichern wir konsequente Abschiebungen grenznah und ermöglichen gleichzeitig, dass Schleuserkriminalität effektiv dort geahndet wird, wo sie hauptsächlich geschieht“. Dies ist im Übrigen auch der Grund, weshalb wir einen eigenständigen Gerichtssaal in der neuen Anstalt geplant haben, um „beschleunigte Strafverfahren“ von Staatsanwaltschaft und Strafgericht durchführen zu können und die Justiz oder Polizei nicht mit



Bild 2 (Bild: Justizvollzugsanstalt Passau)

personalintensiven Vorführungen belasten zu müssen.

JVB-Presse: Als im Frühjahr dieses Jahres die ersten Bagger in der Königschaldinger Straße rollten, haben Sie die JVB-Presse mit wertvollen Informationen zum Neubau versorgt. Vielen Dank an dieser Stelle. Wie gehen seitdem die Arbeiten auf der Baustelle voran?

Amannsberger: Im Hinblick auf die enormen Erdmassen, die zur Modellierung des Geländes bewegt werden müssen, immerhin rund 250.000 m³ (das entspricht einem Würfel mit rund 63 Metern Kantenlänge oder mehr als dem Raumvolumen des Passauer Stephansdomes) sind wir gut im Zeit-

plan (vgl. Bild 1). Das Oberflächenwasserrückhaltesystem, die Rigole, ist fertig gebaut, die Grundleitungen sind gelegt und nun kann mit der Errichtung der ca. 800 Meter langen Umwehrungsmauer aus Fertigstahlbetonteilen begonnen werden (vgl. Bild 2). Hier bin ich besonders auf die Wirkung der von unseren Architekten karlundp aus München konzipierten künstlerischen Gestaltung der Mauer, die einen Bezug zum Standort haben wird (welchen, verrate ich noch nicht), gespannt.

JVB-Presse: Eine planerische Herausforderung dürfte das strikte Trennungsgebot von Straf- und Abschiebungsgefangenen sein. Was gibt es dabei zu beachten?

Werden auch Praktiker aus dem Justizvollzug in die Planungen einbezogen?

Amannsberger: Als früherer Leiter der Justizvollzugsanstalten Landshut, Erding und Mühldorf am Inn hatte ich Ende 2013 die erste eigenständige Abschiebungshafteinrichtung des Freistaates Bayern aufzubauen. Von daher brachte ich selbst einiges an Erfahrung mit. Der Einsatz des Mühldorfer Personals bei der Umstrukturierung damals nötigt mir im Übrigen noch heute größten Respekt ab. Wir haben uns aber auch bei den jetzigen Experten in Sachen Abschiebungshaft in Erding und Eichstätt schlaue gemacht.

Zur rechtlichen Absicherung des Bauvorhabens, ob das Abstands- und Trennungsgebot zwischen Justizvollzug und Abschiebungshaft eingehalten wird mit unserer Planung, wurde ein Rechtsgutachten von Herrn Prof. Dr. Kyrill-Alexander Schwarz von der Universität Würzburg eingeholt. Dabei wurde die Übereinstimmung mit den zur Abschiebungshaft erlassenen europarechtlichen und nationalen Normen festgestellt.

JVB-Presse: Fließen bereits erste Erfahrungen aus der JVA Hof in das Bauprojekt in Passau ein? Die Kolleginnen und Kollegen in Oberfranken arbeiten seit einigen Monaten in einer Kombination aus Straf- und Abschiebungshaft.

Amannsberger: Da Hof erst ans Netz ging, als unsere Planungen für Passau bereits abgeschlossen waren, werden die Erfahrungen aus Hof wichtig, wenn es um die Umsetzung des Vollzuges der Abschiebungshaft geht. Gegenwärtig bemühe ich mich um eine Zusammenarbeit mit der Universität Passau, die den Studiengang Kulturwirtschaft anbietet, um hier für unser Personal Weiterbildungen in interkulturellen Kompetenzen anbieten zu können.

JVB-Presse: Insgesamt sind elf Gebäudeteile in der neuen JVA Pas-

sau geplant. Welche Rolle spielen beim Neubau moderne Arbeitsplätze und zukünftige Arbeitsbedingungen?

Amannsberger: Beim Neubau in Landshut wie jetzt in Passau habe ich immer betont, dass wir vor allem auch für unsere Kolleginnen und Kollegen bauen. In der Bevölkerung wird beim Neubau einer JVA oft zuvörderst an die Gefangenen gedacht. Bedenkt man aber, dass diese meist nur einige Monate oder wenige Jahre unsere „Gäste“ sind, aber wir Bediensteten Jahrzehnte in den Gebäuden arbeiten, dann wird klar, dass man nur dort gerne arbeitet, wo die Arbeitsbedingungen, die äußeren wie die inneren, stimmen. Hier werden auch die Fachkraft für Arbeitssicherheit, die Schwerbehindertenbeauftragten und der Personalrat wichtig, die die Gestaltung und Ausstattung der Arbeitsplätze positiv und engagiert begleiten sollen.

JVB-Presse: Wird Passau weiterhin eine Außenstelle der Justizvollzugsanstalt Straubing bleiben oder wird sie eine eigenständige JVA?

Amannsberger: Passau neu wird eine vollständig eigenständige Anstalt mit eigener Verwaltung, eigenem Werkdienst, eigenem Krankenpflagedienst, also Laufbahnen, die gegenwärtig von Straubing aus mitverwaltet werden.

JVB-Presse: Gibt es schon einen Termin für die Grundsteinlegung und den Baubeginn der Rohbauarbeiten?

Amannsberger: Die Grundsteinlegung ist für den 17. Oktober 2022 geplant. Dabei ist es uns eine besondere Ehre, dass sich Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder angesagt hat. Mit ihm wird unser Ressortminister, Herr Staatsminister der Justiz, Georg Eisenreich, und Herr Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Christian Bernreiter, der im Übrigen aus dem Nachbarlandkreis Deggendorf kommt, an der Feier teilnehmen.

Die Umwehrungsmauer soll noch 2022 gebaut werden (die gerade begonnenen Gründungsarbeiten kann man Bild 2 entnehmen), mit dem Hochbau soll ab dem Frühjahr 2023 begonnen werden.

Da wir hervorragende Fachplaner haben, ein engagiertes Architektenteam und die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Bauamt Passau nur als vorzüglich und beispielhaft bezeichnet werden kann, bin ich guter Dinge, dass es 2023 mit dem Hochbau richtig losgeht. Ich freue mich schon heute, wenn die ersten Kräne aufgestellt werden.

JVB-Presse: Wann könnten erste Abordnungen oder Versetzungen möglich sein, etwa für eine Baustellenbewachung des knapp 70.000 Quadratmeter großen Grundstücks?

Amannsberger: Nach dem gegenwärtigen Planungsstand könnte ab dem 15. März 2023 die Bewachung der Baustelle durch uns begonnen werden. Das hängt von der Fertigstellung der Umwehrungsmauer ab. Hierbei spielen weitere Unwägbarkeiten hinsichtlich der jetzigen Energiekrise aufgrund des Ukrainekrieges und der Lieferkettenprobleme eine große Rolle. Daher ist es gegenwärtig auch schwierig, verlässliche Aussagen zu Abordnungen oder Versetzungen zu treffen. Ich gehe aber fest davon aus, dass unsere Aufsichtsbehörde bei den Entscheidungen wie bei den jährlichen Versetzungsrunden in gewohnter und bewährter Manier sozialen und zeitlichen Gesichtspunkten einen Vorrang einräumen wird.

JVB-Presse: Gibt es erste Überlegungen, was mit dem bisherigen JVA-Standort in der Passauer Altstadt geschieht?

Amannsberger: Dazu habe ich leider keine eigenständigen Kenntnisse.

JVB-Presse: Wir danken Ihnen für das Gespräch, Herr Amannsberger.